

flucht ● punkt

Kirchliche Hilfsstelle für Flüchtlinge im Ev.Luth. Kirchenkreis Altona
Eifflerstraße 3, 22769 Hamburg, Tel 43250080 Fax 43250075
e-mail: info@fluchtpunkt-hamburg.de, www.fluchtpunkt-hamburg.de

PRESSEMITTEILUNG PRESSEMITTEILUNG PRESSEMITTEILUNG PRESSEMITTEILUNG

Behörde für Inneres kündigt erste Abschiebung einer alleinstehenden Frau nach Afghanistan an.

Lida E. lebt seit achteinhalb Jahren in Hamburg. Ihre Mutter, ihr schwer kranker Bruder und ihre jüngere Schwester haben hier ein Bleiberecht. Weitere nahe Verwandte hat Frau E. nicht. Einen Antrag auf Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen hat die Behörde nun abgelehnt. Wenn Frau E. nicht bis zum 22. März ausgereist ist, soll sie abgeschoben werden.

Alleinstehende Frauen sind besonders von Diskriminierung und Übergriffen betroffen. Laut UNHCR sollten alleinstehende Frauen in den Asylländern bleiben, weil sie ohne wirksame Unterstützung männlicher Angehöriger in Afghanistan nicht leben können. Ihre Verletzlichkeit resultiert aus sozialen Traditionen, nach denen alleinstehende Frauen als Prostituierte oder gar Kriminelle eingestuft werden.

Laut Auswärtigem Amt hat sich die Menschenrechtslage für Frauen in Afghanistan nach Ende des Taliban-Regimes nur begrenzt verbessert. Zu ihrer eigenen Sicherheit tragen Frauen noch überwiegend die Burka. Auf staatlichen Schutz können sie kaum hoffen: "Staatliche Akteure aller drei Gewalten sind häufig nicht in der Lage – oder aufgrund konservativer Wertvorstellungen nicht gewillt – Frauenrechte zu schützen." so das Auswärtige Amt. Und weiter: "Sexualverbrechen zur Anzeige zu bringen hat aufgrund des desolaten Zustands des Sicherheits- und Rechtssystems wenig Aussichten auf Erfolg. Der Versuch endet u. U. mit der Inhaftierung der Frau - ..."

Nach Mitteilung der Behörde für Inneres sind Gefährdungen für Leib, Leben oder Freiheit von Lida E. in Afghanistan nicht ersichtlich.

Es ist jedoch kaum anzunehmen, dass Innensenator Nagel wirklich glaubt, das Auswärtige Amt, der UNHCR und alle nationalen und internationalen Medien beurteilten die Lage in Afghanistan falsch. Die Mitteilung der Behörde ist keine Einschätzung der Gefahrenlage der Frauen, die sie abschieben will, sondern sie drückt aus, welchen Wert sie dem beimisst. Die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche fordert deshalb Politikerinnen und Politiker der Hansestadt auf, den massiven Menschenrechtsverletzungen durch die Ausländerbehörde in dieser Stadt Einhalt zu gebieten.

Anne Harms
Hamburg